

Berset weist Kritik an seiner Arbeit zurück – Swiss kämpft mit Schleuderpreisen um Passagiere

Agenturen/dor

23.6.2020 - 06:14



[Play Video](#)

[Anzeige überspringen in: 8](#)

[Überspringen](#)

[Quarantäne-Ausschreitungen in Göttingen](#)

Nach Angaben der Polizei sollen zeitweise 200 der etwa 700 Bewohner des Hochhauskomplex versucht haben, eine Absperrung zu durchbrechen.

22.06.2020

Gesundheitsminister Alain Berset lässt die Kritik bezüglich seiner Arbeit während der Corona-Pandemie nicht gelten – der Bund habe das Notwendige getan. Die Swiss kämpft derweil mit Schleuderpreisen um Passagiere. Alle aktuellen Entwicklungen im Ticker.

[Das Wichtigste im Überblick](#)

[Deutschland erwartet wegen der Coronakrise mehr als drei Millionen Arbeitslose im Sommer. US-Präsident Trump](#)



setzt die Vergabe von Arbeitsvisa bis Ende des Jahres aus, als Grund nennt die Regierung die durch die Coronakrise explosionsartig gestiegene Arbeitslosigkeit in den USA. In Mexiko werden Drillinge nach der Geburt positiv auf das Coronavirus getestet.

6 Uhr: Bundesrat Berset weist Kritik an seiner Arbeit zurück

SP-Bundesrat und Gesundheitsminister Alain Berset hat Kritik bezüglich seiner Arbeit während der Coronavirus-Pandemie zurückgewiesen. Es sei nicht richtig, von einer mangelnden Vorbereitung der Schweiz zu sprechen. «Wir haben das Notwendige getan», verteidigte sich Berset in Berichten von «La Liberté» und «Le Nouvelliste». So sei etwa gleich zu Beginn die Coronavirus-Taskforce des Bundes eingesetzt worden. «Das System war bereit», so Berset.

Tests konnten aber zum Beispiel erst durchgeführt werden, wenn man mehr über das Virus wusste; dann aber wollten alle gleichzeitig die Tests haben. Ausserdem wüsste man heute deutlich mehr über das Coronavirus als zu Beginn der Krise, sagte er.

Eine Situation wie Ende Februar beziehungsweise Anfang März sollte laut Berset in der Schweiz allerdings nicht wieder vorkommen. Der Gesundheitsminister zeigte zudem sich optimistisch, dass die Entwicklungen weiterhin positiv verliefen. Es brauche am Ende jedoch einen Impfstoff, quasi als Bestätigung, dass man die Coronavirus-Krise vollkommen in den Griff bekommen habe, sagte er.

Bei allem Lob räumte Berset gegenüber den Zeitungen allerdings auch ein, dass es durchaus Verbesserungspotenzial gebe. So prüfe sein Departement derzeit den Pandemieplan mit allen Beteiligten auf Korrekturen, führte der SP-Bundesrat weiter aus.

Weitere Artikel zum Coronavirus

Fleisch aus deutschem Corona-Schlachtbetrieb in der Schweiz? «Night of Light»: Kulturbranche schlägt mit rotem Licht Alarm Die grosse Unbekannte: Welche Rolle spielen Aerosole? Das müssen Sie nun bei Reisen ins Ausland beachten Sommerferien im Ausland möglich – warum das den Schweizer Tourismus freut Wo im Haus am meisten Coronaviren stecken

5.50 Uhr: Corona befeuert den Preiskampf bei der Swiss

Um in der coronabedingten Schiefelage ihre Maschinen zu füllen, verschleudert die Swiss wieder vermehrt Umsteigeflüge, schreibt der «Tages-Anzeiger in der Ausgabe vom Dienstag. Ein Flug von Wien via Zürich nach New York beispielsweise hätte dem Bericht zufolge am Montag 435 Franken gekostet – der Direktflug von Zürich nach New York dagegen 515 Franken.

Bei der umstrittenen Praxis, die aus ökologischer Sicht bedenklich sind und für die Airlines ruinös sind, werden Umsteigepassagiere mit tiefen Ticketpreisen über den eigenen Hub gelockt – im Fall der Swiss also über den Flughafen Zürich. Denn nur dank diesen Umsteigepassagieren, die bei der Swiss rund die Hälfte des Volumens ausmachen, erreichen Airlines den nötigen Sitzladefaktor, um die Flüge gewinnbringend anzubieten. Um die Passagierinnen und Passagiere zu einem umständlicheren und längeren Transfer-Flug zu bewegen, müssten die Preise attraktiv sein, heisst es in dem Bericht.

Diese preislichen Unterschiede gibt es schon lange, aber als Folge der Corona-Pandemie dürften sie für die Fluglinien Experten zufolge weiter an Bedeutung gewinnen. Coronabedingte Grenzschliessungen oder auch die Angst vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus ist der weltweite Flugverkehr dramatisch eingebrochen.

Nun könnten sich dem Bericht zufolge die Fluggesellschaften mit Hub-System noch stärker mit tiefen

Umsteigepreisen bekämpfen als zuvor. «Es wird auf Jahre hinaus ein starker Verdrängungskampf werden», wird Thomas Jaeger vom Luftfahrt Datenanbieter CH-Aviation zitiert. Die Swiss hält jedoch dagegen. Die Preise würden krisenbedingt niedriger ausfallen, doch sei die Lufthansa-Tochter überzeugt, dass sich der Markt auf längere Sicht wieder erholen werde, beschied sie dem «Tages-Anzeiger». Die Frage, worauf diese Annahme beruhe, liess die Swiss offen.



Flughafen Zürich in Corona-Zeiten: Mit Atemschutzmasken ausgerüstete Fluggäste warten am 28. Mai 2020 vor den Check-In-Schaltern.

Bild: Keystone/Ennio Leanza

Die angepeilte staatliche Rettung des Lufthansa-Konzerns – und damit der Swiss – steht derweil weiter auf der Kippe. Ein Treffen zwischen der deutschen Regierung und Heinz Hermann Thiele endete am Montag ohne Einigung. Damit ist weiter offen, ob der grösste Lufthansa-Aktionär am kommenden Donnerstag bei der Aktionärsversammlung dem 9 Milliarden Euro schweren Rettungspaket der Bundesregierung für die Lufthansa zustimmen wird. Tut er das nicht, scheitert das Paket. Dann erhält laut «Tages-Anzeiger» auch die Swiss vorerst keine Unterstützung durch die Eidgenossenschaft.

5.06 Uhr: Deutschland erwartet Millionen Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland dürfte nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) infolge der Coronavirus-Krise erstmals seit zehn Jahren im Sommer wieder über drei Millionen steigen. «Wir werden im Sommer voraussichtlich die Drei-Millionen-Marke überschreiten», sagte BA-Chef Detlef Scheele der «Süddeutschen Zeitung» (kostenpflichtig) vom Dienstag. Im saisonbedingt üblicherweise schwierigeren Arbeitsmarkt im Winter war die Arbeitslosigkeit zuletzt vor fünf Jahren so hoch.

Scheele hoffe aber, dass sich die Lage nach dem Sommer bessert. Damit die Arbeitslosenzahl im Herbst wieder



sinke, müssten jetzt die Lockerungen der Coronavirus-Restriktionen in der Gastronomie oder Reisebranche wirken, der Welthandel in Gang kommen und das Konjunkturpaket der deutschen Regierung «zünden», sagte er.

Besonders hart treffe die Coronavirus-Krise befristete Beschäftigte und Zeitarbeiter, sagte der BA-Chef. Auch die Jugendarbeitslosigkeit steige an. Bei Frauen habe die Coronavirus-Krise eine doppelte Negativwirkung. Sie seien stärker in besonders betroffenen Branchen tätig als Männer und verdienten dadurch weniger. Zugleich müssten sie mehr Betreuungsaufgaben übernehmen. «Ich hoffe sehr, dass vier Monate Corona nicht alles zerstören, was in Jahrzehnten an Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt erreicht wurde. Wir müssen alles daransetzen, dass dies nicht passiert», sagte Scheele.

4.12 Uhr: Trump weitet Einwanderungsstopp in die USA aus

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit infolge der Corona-Pandemie in den USA hat Präsident Donald Trump den Stopp legaler Einwanderung bis zum Jahresende ausgeweitet. Trump verlängerte am Montag eine im April zunächst für 60 Tage angeordnete Regelung, die im Wesentlichen Ausländer betrifft, die sich um eine Green Card für den dauerhaften Aufenthalt in den Vereinigten Staaten bemühen. Die Verfügung sieht darüber hinaus die Aussetzung von verschiedenen Arbeitsvisa vor.

Die US-Regierung begründete die Massnahmen mit der weiterhin dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt infolge der weitgehenden Stilllegung der Wirtschaft zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Wegen der Vorkehrungen haben seit Mitte März mehr als 40 Millionen Menschen wenigstens zeitweise ihren Arbeitsplatz verloren. Die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe stagnierte zwar zuletzt. Eine wirkliche Entspannung ist allerdings trotz der langsamen Öffnung der Wirtschaft noch nicht erkennbar.

Trump, der seit Amtsbeginn 2016 die Zuwanderung mit teils drastischen Massnahmen einschränkt, bewirbt sich bei der Präsidentschaftswahl im November um eine zweite Amtszeit und ist bemüht, Tatendrang zu zeigen. Er verlängere und erweitere die Aussetzung bestimmter Visa, um sicherzustellen, «dass amerikanische Arbeitnehmer Vorrang haben, wenn wir uns von den wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus erholen», hiess es in einer Mitteilung des Weissen Hauses. «Abgesehen von einigen Ausnahmen sollten wir nicht zulassen, dass eine grosse Anzahl ausländischer Arbeitnehmer zu einer Zeit in die Vereinigten Staaten kommen, in der so viele Amerikaner arbeitslos sind.» Nach Schätzungen der Regierungszentrale sollen von den nun in Kraft tretenden Massnahmen rund 525'000 amerikanische Arbeitskräfte profitieren, wie ein hoher Regierungsbeamter am Montag erklärte. Im Umkehrschluss heisst das, dass mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte aus dem Ausland betroffen sind.

H-1B-Visas, von denen pro Jahr bis zu 85'000 vergeben werden, sind für hoch spezialisierte Fachkräfte wie Ingenieure und Wissenschaftler vorgesehen, die eine begrenzte Zeit in den USA arbeiten. Die US-Regierung kündigte an, an einer langfristigen Reform des H-1B-Programms zu arbeiten. Das Visum L-1 ist für die firmeninterne Versetzung eines Mitarbeiters vorgesehen, mit dem Visum der Kategorie J kommen gewöhnlich etwa Praktikanten oder Teilnehmer an Austauschprogrammen ins Land.

Die Verfügung gilt nur für Ausländer, die sich aktuell ausserhalb der Vereinigten Staaten befinden und noch keine Einreiseerlaubnis haben. Wer bereits über eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis verfügt, ist nicht betroffen. Ausnahmen gibt es auch für Ehepartner und Kinder von US-Bürgern sowie für Arbeitskräfte in der Lebensmittelversorgung. Das Arbeits-, Heimatschutz- und Aussenministerium sollen regelmässig überprüfen, ob Änderungen der Massnahmen notwendig sind.

Die USA sind das Land mit den meisten nachgewiesenen Coronavirus-Infektionen weltweit. Über 2,3 Millionen Fälle sind bekannt, mehr als 120'000 Menschen starben nach einer Infektion mit dem Erreger Sars-CoV-2. Wegen der rasanten Ausbreitung des Virus hatten die Bundesstaaten strikte Ausgangsbeschränkungen erlassen, die mittlerweile nach und nach gelockert werden. Allerdings ist die Pandemie längst nicht ausgestanden. In mehreren



Bundesstaaten stieg die Zahl der Neuinfektionen zuletzt teils dramatisch an. Nach Berechnungen der «New York Times» machten die am Sonntag nachgewiesenen Neuinfektionen in den USA 20 Prozent aller registrierten weltweit aus.

3.17 Uhr: Drillinge in Mexiko nach Geburt positiv auf Corona getestet

Am Tag ihrer Geburt sind Drillinge in Mexiko positiv auf das Coronavirus getestet worden. Sie seien am 8. Mai geboren und ihre Mutter sei ebenfalls positiv getestet worden, habe aber keine Symptome gezeigt, sagte Monica Rangel, Gesundheitsministerin des nördlichen Bundesstaats San Luis Potosí. Es sei nicht davon auszugehen, dass die Säuglinge in Gefahr seien.

Der Fall werde untersucht, um herauszufinden, ob die Drillinge sich vor oder nach der Geburt infiziert haben. Es sei jedoch unwahrscheinlich, dass sie außerhalb der Gebärmutter so schnell infiziert worden seien, sagte Rangel. Es ist nicht das erste Mal, dass Neugeborene positiv auf das Coronavirus getestet wurden, aber es ist selten.

Landesweit wurden 185'122 Fälle registriert, 22'584 Menschen starben offiziellen Angaben zufolge mit dem Virus. Beide Zahlen sind wahrscheinlich deutlich zu niedrig, da in Mexiko wenig getestet wird. Beamte teilten mit, die Zahlen schienen sich stabilisiert zu haben, und verbreiteten nicht zum ersten Mal die Hoffnung, dass sie bald sinken könnten.

2.24 Uhr: Schwarze in USA öfter mit Corona im Krankenhaus

Die Schwarze Bevölkerung in den USA kommt mit einer Coronavirus-Infektion viermal häufiger ins Krankenhaus als die weisse Bevölkerung. Das ergab eine Analyse des Zentrums für Medicare und Medicaid Services, die öffentliche Krankenversicherung vor allem für Ältere in den USA, wie die Regierung am Montag (Ortszeit) mitteilte.

Die Analyse bestätigt, was die Nachrichtenagentur AP und andere Medienunternehmen zuvor berichtet hatten: Dass Afroamerikaner und Latinos die Hauptlast der Pandemie tragen. «Sie bestätigt lange bestehende Probleme wie Ungleichheiten vulnerable Bevölkerungsteile», sagte Medicare-Verwaltungsbeamte Seema Verma. Ethnizität und kulturelle Zugehörigkeit seien jedoch bei weitem nicht das einzige Problem. Die Analyse ergab auch, dass fortgeschrittene Nierenerkrankungen ein deutlich höherer Risikoindikator waren als ethnische Zugehörigkeit oder Armut.

Die von Medicare abgedeckte Bevölkerungsgruppe gilt bei einer Coronavirus-Erkrankung als die vulnerabelste. Die meisten der 60 Millionen Krankenversicherten sind 65 Jahre oder älter. Auch jüngere Menschen mit Behinderungen sind über Medicare versichert. Vom 1. Januar bis 16. Mai wurde bei mehr als 325'000 Medicare-Empfängern eine Covid-19-Erkrankung nachgewiesen, beinahe 110 000 kamen ins Krankenhaus, wie die Analyse zeigt.

1.56 Uhr: Krise zentrale Aufgabe der EU-Ratspräsidentschaft

Die schwarz-rote Koalition sieht die dauerhafte Überwindung der Corona-Pandemie und die wirtschaftliche Erholung als zentrale Aufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Das geht aus einem Papier der Koalitionsspitzen nach einem Treffen am Montagabend im Kanzleramt hervor, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. «Mit der Covid-19-Pandemie steht die Europäische Union vor einer schicksalshaften Herausforderung», heisst es in dem knappen Beschluss. Deutschland werde sich während seiner Ratspräsidentschaft «mit ganzer Kraft dafür einsetzen, diese Aufgabe gemeinsam und zukunftsgerichtet zu meistern und Europa wieder stark zu machen».

«Leitgedanken» der deutschen Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli beginnt, sollen demnach ausserdem sein: «ein stärkeres und innovativeres Europa, ein gerechtes Europa, ein nachhaltiges Europa, ein Europa der Sicherheit und



der gemeinsamen Werte, ein starkes Europa in der Welt». Was das jeweils konkret bedeuten soll, geht aus dem Papier nicht hervor.

0.24 Uhr: Virus breitet sich in Trumps Wahlkampfteam aus

Nach der Kundgebung von US-Präsident Donald Trump in Tulsa (Oklahoma) am Wochenende sind zwei weitere Mitarbeiter aus dessen Wahlkampfteam positiv auf das Coronavirus getestet worden. Die beiden hätten an der Wahlkampfveranstaltung in Tulsa am Samstag (Ortszeit) teilgenommen, aber die ganze Zeit über Atemschutzmasken getragen, erklärte der Kommunikationsdirektor Tim Murtaugh am Montag (Ortszeit) auf Anfrage. Die Betroffenen müssten in Quarantäne, ausserdem würden ihre Kontakte zurückverfolgt, hiess es. Am Samstag waren bereits sechs Mitarbeiter positiv auf den Erreger Sars-CoV-2 getestet worden. Sie hatten nicht an der Veranstaltung teilgenommen.

Trump hatte Kritik auf sich gezogen, ein Event mit Tausenden Menschen in einer geschlossenen inmitten der anhaltenden Pandemie abzuhalten. Im Vorfeld teilte er mit, dass sich fast eine Million Menschen um Tickets in der Veranstaltung in der rund 19 200 Menschen fassenden Arena beworben hätten. Tatsächlich blieben Tausende Plätze leer.